Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

26. Februar 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Auch ohne den jahrelang vergeblich erwarteten Bundeszuschuss will die Gemeinde Remchingen die Sanierung des Singener Hallenbads und der darüberliegenden Schulturnhalle stemmen. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasste der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung einstimmig. Die Finanzierung soll in einem Nachtragshaushalt für das Jahr 2024 durch die Entnahme aus den Rücklagen der Gemeinde sichergestellt werden. Gleichzeitig beauftragte der Rat die Verwaltung, mögliche weitere Förderanträge vollumfänglich zu nutzen.

Der Betrieb des maroden Bads hängt seit Jahren am seidenen Faden. Die Gemeinde kann aufgrund statischer und technischer Mängel keinen zuverlässigen Badebetrieb mehr garantieren – bei der statischen Prüfung 2023 konnte der Statiker den Badebetrieb nur noch für ein Jahr freigeben. Außerdem sei der Hubboden mittlerweile festgefahren, erklärte Bürgermeisterin Julia Wieland (parteilos). Der 2022 angepeilte Kostenrahmen von fünf Millionen Euro hat sich nach genaueren Planungen und im Zuge von Kostensteigerungen auf mittlerweile 9,8 Millionen Euro verdoppelt. Seit 2020 hatte sich die Gemeinde immer wieder vergeblich auf ein überzeichnetes bundesweites Förderprogramm beworben und auf eine Förderung bis zur Hälfte der Kosten gehofft. Das Programm ist aktuell ausgesetzt und könnte lediglich mit der Hälfte der Summe wieder aufgelegt werden. Stattdessen rechne die Gemeinde mit einer KfW-Förderung in Höhe von 1,2 Millionen Euro.

Architekt Thomas Biesinger und Ingenieur Heiko Kemm präsentierten erneut die Entwurfsplanung, die sich gegenüber vergangenem Herbst nur leicht verändert habe. Da eine Geothermie-Bohrung zu schnell auf Fels gestoßen sei, plane man neben Photovoltaik nun eine Wärmepumpe neben dem Technikraum zwischen den beiden Schulhöfen. Dass dabei ein Grünstreifen samt Baum weichen muss, bemerkte Dieter Braun (Grüne). Mit dem durch die Wärmepumpe eingesparten Geld sollen die Turngeräte, teils noch von 1968, und der

Hallenboden erneuert werden. Die Schwimmhalle solle eine weiße Decke, einen dunklen Boden und Fliesen nur bis zu zur Hälfte der Wand bekommen, um den Raum größer wirken zu lassen. Das Bad und die Turnhalle sollen zum Sommer 2024 für die Bauarbeiten geschlossen und im Herbst 2026 wieder eröffnet werden.

Feuerwehr-Bedarfsplan einstimmig beschlossen

Ebenfalls einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat den Feuerwehr-Bedarfsplan, den die Gemeinde zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr ausgearbeitet hatte. Damit hat Remchingen wieder eine Planungsgrundlage für notwendige Maßnahmen und Beschaffungen im Bereich Feuerwehr. Den davorliegenden Bedarfsplan hatte Remchingen 2009 verabschiedet. Zusammen mit Kreisbrandmeister Carsten Sorg präsentierte Kommandant Florian Becker das umfangreiche Planwerk, das die Remchinger Wehr im Kontext ihrer Entwicklung bis 2027 betrachtet. Darin enthalten ist insbesondere der Neubau des Nöttinger Feuerwehrstandorts, der wie berichtet am Ortseingang von Wilferdingen kommend entstehen soll. Dort solle es zukünftig auch einen Schwerpunkt für die Ausbildung und Jugendarbeit geben. Aber auch weitere Verbesserungen am Standort Nord in den Billäckern sind im Plan vorgesehen. Dort bleibt weiterhin die Gerätewartung ein Schwerpunkt. Vorgesehen ist auch die regelmäßige Ersatzbeschaffung älterer Fahrzeuge. Sorg lobte dabei die Tagesverfügbarkeit in der Gemeinde – von insgesamt 84 Aktiven sind 20 insbesondere aufgrund ortsnaher Arbeitsstellen und Einverständnis ihrer Arbeitgeber auch tagsüber einsatzfähig.

Remchinger Altenheim schreibt schwarze Zahlen

Erfreuliche Nachrichten hatte Bürgermeisterin Wieland aus dem Remchinger Altenpflegeheim zu berichten: 2022 schrieb das Heim entgegen des bundesweiten Trends schwarze Zahlen. Der positive Abschluss von rund 136.000 Euro soll auch zur Deckung von Verlusten aus den Vorjahren verwendet werden. „Das ist eine gute Botschaft und eine tolle Entwicklung. Dazu können wir relativ bezahlbare Pflegeplätze anbieten“, freute sich Klaus Fingerhut (Grüne) mit Blick zu Heimleiter Friedemann Albrecht. Der Gemeinderat stellte das Ergebnis einstimmig fest.

Zuvor hatte die Gemeindeverwaltung dem Rat zahlreiche kunterbunte Vorschläge präsentiert, die einige Kernzeitkinder zur Ausgestaltung der Dachterrasse des neuen Kernzeit- und Mensagebäudes auf dem Kinder- und Jugendcampus gemalt hatten. Im Rahmen der Kinderbeteiligung werde das Architekturbüro nun eine Planung zur weiteren Abstimmung ausarbeiten.

Grünes Licht gab der Rat zudem für den Verkaufsoffenen Sonntag am 7. April. Aufgrund des mittlerweile späteren Gottesdienstbeginns in Wilferdingen sollen die Festivitäten jedoch erst um 11.30 Uhr anstatt wie bisher teilweise um 11 Uhr beginnen. Verkauft werden darf in den Geschäften wie gewohnt von 13 bis 18 Uhr.

Singenerin spendet Erlös aus liegengebliebenem Leergut

Für eine außergewöhnliche Spende und gleichzeitig einen nachhaltigen Dienst an der Umwelt sorgte Marion Müller: Sie überreichte der Gemeinde 500 Euro für die kommunale Kindertagesstätte Mosaik in Singen, die sie in einem Jahr alleine durch liegengebliebenes Leergut zusammentrug. Müller sammelte rund um ihren Wohnort Singen beim Spazierengehen 1.000 Dosen, 2.000 Bierflaschen und 600 Sprudelflaschen. Bürgermeisterin Wieland bedankte sich für den außergewöhnlichen Einsatz: „Es ist unglaublich, wie viele Flaschen Frau Müller während ihrer Aktion gefunden hat, ohne aktiv danach zu suchen. Dieses Engagement, unsere Gemeinde sauber zu halten und den Erlös dann auch noch zu spenden, ist mehr als lobenswert."

Tempobegrenzung auf Ortsteilverbindung gefordert

Die Remchinger CDU-Fraktion will das Tempo auf der neuen Ortsteilverbindungsstraße um Nöttingen herum auf 70 Stundenkilometer drosseln. Einen entsprechenden Antrag begründete Felix Casper bei der vergangenen Ratssitzung mit ersten Wildunfällen sowie der Topographie, aufgrund derer Gefahrenstellen und Übergänge schwer einsehbar seien: „Ein sicheres Fahren ist ansonsten nicht möglich." Bürgermeisterin Julia Wieland schlug vor, das Thema mit auf die nächste Verkehrsschau zu nehmen. Bauamtsleiter Markus Becker machte indessen wenig Hoffnung auf eine Änderung: Dieselbe Diskussion habe es schon beim Bau der Trasse gegeben. Das Verkehrsamt habe jedoch keine Gründe für Tempo 70 gesehen. Dieter Braun (Grüne) sprach derweil die Parksituation auf dem Wilferdinger Friedhofsparkplatz an. Im Zuge der Baustelleneinrichtung für den Kinder- und Jugendcampus habe die Gemeinde dort ein zeitlich begrenztes Parken angeordnet, aber noch nicht umgesetzt, weshalb dort nach wie vor Wohnwagen oder Boote stehen. Bauamtsleiter Becker erklärte, dass es mit den bereits vor sechs Wochen bestellten Schildern noch Lieferschwierigkeiten gebe: „Sobald sie da sind, bringen wir sie an."

Bürgermeisterin Wieland lässt Ballspielverbot-Schilder in Darmsbach abhängen

Für Diskussionen hat das teilweise Ballspielverbot in der Darmsbacher Ortsmitte gesorgt. Die Gemeinde hat vor zwei Wochen das Ballspielen auf die Zeit zwischen 9 und 18 Uhr sowie für Kinder unter acht Jahre beschränkt und außerdem die Benutzung von Lederbällen untersagt. Hintergrund waren schon länger bestehende Unstimmigkeiten zwischen ballspielenden Jugendlichen und den Anwohnern im Umfeld des Platzes. Dem Verbot waren regelmäßige Beschwerden über Lärm samt Unterschriftensammlung von 20 Anwohnern sowie ein Vor-Ort-Termin von Bürgermeisterin Wieland mit Anwohnern, Eltern und Mitgliedern des Bürgervereins im Herbst vorausgegangen. „Die Schilder sorgen nach wie vor für Unverständnis und werden als Grundlage genommen, spielende Kinder einzuschüchtern und mit der Polizei zu drohen“, stellte in der Ratssitzung am Donnerstagabend Familienvater René Schneider in der Bürgerfragerunde fest. Insbesondere störe man sich daran, dass die Gemeinde die Schilder aufgestellt habe, bevor sie den als Alternative ausgeschilderten Bolzplatz unterhalb des Ortsteils entsprechend verbessern konnte. Schneider fragte, welche Grundlage das Vorgehen in einer kinderfreundlichen Kommune rechtfertige und ob der Gemeinderat zugestimmt habe. Wieland betonte, dass die Schilder als Kompromiss gut gemeint gewesen seien. Gleichzeitig verwies sie auf die damalige Formulierung, dass der Bolzplatz, der sich auf einer Ausgleichsfläche befindet, im Laufe des Frühjahrs hergerichtet werden sollte – und auf die erforderliche Abstimmung mit dem Umweltamt. Die gegenseitige Rücksichtnahme sei wichtig, aber wenn jemand Kinder bedrohe, sei das alarmierend und man müsse dem nachgehen, betonte die Bürgermeisterin.

Wieland sagte, sie habe die Angelegenheit zum Geschäft der laufenden Verwaltung gemacht, um den Gemeinderat zu schützen und die Angelegenheit nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Felix Casper (CDU) entgegnete: „Wir als Gemeinderat wissen uns selbst zu beschützen und sind dazu gewählt, die Probleme der Bürger zu lösen.“ Man hätte den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen dürfen und erst den Bolzplatz herrichten müssen. „Jede Arbeitsstunde dort macht keinen Sinn, außer zum Abbauen der Tore“, erklärte Thomas Walch (CDU) und schlug vor, zu prüfen, ob auf einem gemeindeeigenen Plateau an der Ortsteilverbindungsstraße kurz vor dem Brückendurchgang nach Nöttingen ein eingezäunter Gummiplatz eingerichtet werden könnte. Der Vorschlag, den auch Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) unterstützte, fand Beifall bei den anwesenden Eltern. „Ich finde es sehr, sehr bemerkenswert, neben einen Kindergarten zu ziehen und sich dann über Lärm zu beschweren“, erklärte Christian Roser (CDU) und fragte: „Wäre es nicht sinnvoller, diesen Quatsch wieder abzuhängen?“

„Ich werde das nicht beantworten, sondern als Statement verstehen“, erklärte Wieland und bekam Unterstützung von Ute Praefcke (Bürgerliste). Im Falle tatsächlicher Drohungen müsse man sich an die Polizei wenden, aber sie wolle auch eine Lanze brechen für die Verwaltung und „für all diejenigen, die sagen, dass es dort extrem laut ist“, egal ob die Beschwerdeführer neu zugezogen sind oder schon länger dort wohnen.
Vor dem Hintergrund der Diskussionen ließ Wieland die Schilder wieder abhängen. „Die Mehrheit der Darmsbacher, die am Donnerstagabend da waren, waren gegen das Verbot. Deshalb nehme ich meine Entscheidung zurück“, begründete die Bürgermeisterin auf Nachfrage, „Wir werden die Thematik eines alternativen Bolzplatzes nun sehr forciert angehen, um möglichst eine Lösung zu finden.“ Mindestens bis dahin solle es keine weiteren Einschränkungen an der Ortsmitte geben.